



## Die Pandemie beflügelte innovative Ideen im Sozialbereich

Von Gaby Szöllösy<sup>1</sup>

**Die Gesundheitskrise hatte bedrohliche Folgen für sehr viele Menschen. Aber Covid brachte fürs System der sozialen Sicherheit auch Gutes mit sich: Innovation wirkte ansteckend – erfolgversprechende Ideen verbreiteten sich, sprangen von einer Region auf die andere über. Bleibt die Frage, ob der Pioniergeist die Pandemie überdauert.**

Anfang Oktober wartete das Bundesamt für Statistik mit einem bemerkenswerten Stimmungsbild auf: 11.3% der Bevölkerung sei im 1. Halbjahr 2021 aufgrund der Pandemie mit Einkommenseinbussen konfrontiert gewesen, zeigten die Daten der Erhebung über Einkommen und Lebensbedingungen (SILC) 2021. Gar 20% der Menschen hierzulande gaben an, in einem Haushalt zu leben, dessen gesamtes Einkommen nach eigener Einschätzung in den letzten 12 Monaten gesunken war. Die Pandemie führte auch gemäss dieser Erhebung besonders häufig zu Einbussen bei Personen, die im Gastgewerbe und der Beherbergung tätig sind (35.5%), bei Personen, die ihr Einkommen selbst als niedrig einschätzen (19.5%) sowie bei Migrantinnen und Migranten (16.7%). Hingegen waren Beschäftigte in der öffentlichen Verwaltung (4.2%) oder pädagogisches Personal (8.2%) deutlich weniger betroffen von Einkommenseinbussen.

Interessant ist, dass jedoch die Zufriedenheit der Bevölkerung nur leicht zurückging: Zwar sank der Anteil der Personen, die sich ständig oder häufig glücklich fühlen im ersten Halbjahr 2021 auf knapp 74% (von gut 79% vor der Gesundheitskrise). Doch die hohe Zufriedenheit mit den persönlichen Beziehungen und dem wahrgenommenen Gesundheitszustand der Bevölkerung veränderte sich kaum. Eine Ausnahme bilden hier allerdings die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, von denen 55% angaben, dass sich die Covid-Pandemie negativ auf ihre Stimmungslage ausgewirkt hatte.

### **Existenzsicherungsmassnahmen führen zu hoher Zufriedenheit**

Was zeigt uns dieses Stimmungsbild auf? Zum einen sicher, dass die vom Bund eilig beschlossenen ausserordentlichen Leistungen der vorgelagerten Sozialversicherungssysteme auf individueller Ebene die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abzufedern vermochten und die gewünschte Wirkung erzielt haben. Dies deckt sich mit dem Sozialhilfemonitoring der SKOS, das nach einem kurzen Anstieg im 1. Lockdown im März 2020 zumindest schweizweit keine erhöhten Sozialhilfequoten registrierte – in einigen Regionen sanken sie sogar.

Zum andern führt die Befragung vor Augen, dass die raschen Massnahmen geeignet waren, das Vertrauen vieler Menschen in den Staat und die Zuversicht für die persönliche Situation

---

<sup>1</sup> Gaby Szöllösy ist Generalsekretärin der SODK



zu erhalten, was sich in der hohen Zufriedenheit ausdrückt und weiter im Umstand, dass der Anteil der Bevölkerung, die keine Angst haben, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, nach einer Baisse 2020 im ersten Halbjahr 21 wieder anstieg. Bei Personen mit Schweizer Pass, Tertiärababschluss und einem hohen selbsteingeschätzten Einkommen erreichte diese subjektive Arbeitsplatzsicherheit fast wieder die Werte von vor der Krise, hingegen blieb sie bei Migrantinnen und Migranten mit niedrigem Einkommen deutlich darunter.

Auch dieser Befund deckt sich mit den Analysen der in der Charta Sozialhilfe zusammengeschlossenen Organisationen: Als längerfristig gefährdet stufen wir jene Menschengruppierungen ein, die es auch in normalen Zeiten schon schwieriger haben, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren, insbesondere Langzeitarbeitslose, Personen ohne postobligatorische Ausbildung sowie Selbständige ohne finanzielles Polster: Die wirtschaftlichen Nachwehen von Covid können mittelfristig zu einer Strukturbereinigung führen. Dementsprechend liegt die Herausforderung darin, sie so zu unterstützen, dass sie trotzdem den Weg zurück in die Arbeitswelt schaffen.

### **Notwendige Soforthilfe in etlichen Kantonen und Städten**

Während der Krise wandten sich viele Armutsbetroffene an die Hilfswerke. Diese hatten ihr Angebot vorübergehend ausgebaut. Die Hilfe reichte von finanzieller Unterstützung und Einkaufsgutscheinen über Essensabgabe bis zu Übernachtungsmöglichkeiten für Obdachlose. Die Hilfswerke übernahmen aber auch eine wichtige Funktion mit Beratungen und Triage, so dass zahlreiche Hilfesuchende ihren rechtmässigen Anspruch gegenüber Sozialversicherungen oder Sozialhilfe erst geltend machen konnten. Doch nicht alle Armutsbetroffenen nahmen und nehmen die ihnen zustehende Hilfe in Anspruch oder es steht ihnen schlicht keine Unterstützung zu. Dies ist beispielsweise bei Personen ohne gültige Aufenthaltsbewilligung (Sans-Papiers) der Fall. Aber auch viele legal anwesende Migrantinnen und Migranten verzichteten immer noch auf staatliche Unterstützung, denn sie fürchteten, die Aufenthaltsbewilligung werde ihnen entzogen, wenn sie Sozialhilfegelder beziehen.

Deshalb haben mehrere Kantone Corona-Soforthilfen eingeführt, meist in Form eines Fonds. Damit werden insbesondere Personen unterstützt die keinen Anspruch auf die Bundeshilfen haben oder Gefahr laufen, unmittelbar in die Sozialhilfe abzurutschen. Solche Corona-Direkt-hilfen sehen bspw. die Kantone JU, BS, AG oder SG vor. Der Kanton Tessin hat mit dem so genannten Ponte Covid ein wirksames Hilffsystem geschaffen: Er richtet ausserordentliche und befristete Hilfe aus für Selbständigerwerbende, welche aufgrund der Pandemie einen Rückgang des Umsatzes erlitten haben oder für Angestellte, die ihren Arbeitsplatz verloren haben und keine Arbeitslosengelder erhalten. Zusätzlich sprach der Kanton eine einmalige Hilfe von maximal 500 Franken für Familien in Not. Der Kanton Genf gewährte mit einem ähnlichen Programm Menschen eine aussergewöhnliche Hilfe, die einen Verlust ihrer Einkommen während des 1. Lockdowns geltend machen konnten und keinen Anspruch auf andere Gelder hatten. Weiter investierten Stadt und Kanton Genf fünf Millionen Franken, damit die Hilfswerke weiterhin Hilfspakete abgeben konnten.



Andere Kantone und vor allem auch Städte starteten spezifische Programme für jene Personen, die keine Sozialhilfegelder beziehen dürfen oder dies nicht wollen. So führten die Städte Zürich und Luzern in diesem Sommer eine wirtschaftliche Basishilfe für Personen (meist aus dem Migrationsbereich) ohne Anspruch auf andere Leistungen des Sozialsystems ein.

Die vielen Beispiele zeigen: Nicht nur der Bund, sondern auch Kantone und Städte haben rasch reagiert, haben voneinander gute Beispiele übernommen – innovative Ansätze sprangen von einer Region in die nächste über. Die meisten dieser Projekte sind befristet, da die betreffenden Kantone und Städte nicht längerfristig Parallelstrukturen aufbauen wollen.

### **Auch mittelfristig Neuerungen nötig**

Die Folgen der Corona-Krise werden jedoch das System der sozialen Sicherheit in der Schweiz auch in den nächsten Monaten vor neue Herausforderungen stellen. Es stellt sich deshalb die Frage, welche weiteren Neuerungen am System mittelfristig notwendig sind, um gefährdete Personengruppen zu stützen. Wie eingangs erwähnt, sehen die Organisationen der Charta Sozialhilfe Handlungsbedarf vor allem bei Selbständigerwerbenden ohne finanzielles Polster, denn sie sind nicht durch die Arbeitslosenkassen abgesichert. Die Frage, ob diese ausgeweitet werden soll, ist politisch umstritten.

Unbestritten ist hingegen, dass Arbeitnehmende mit besonderen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt – eben zum Teil Selbständigerwerbende, Langzeitarbeitslose, Menschen ohne Berufsausbildung oder mit Betreuungspflichten – ganz besonderer Begleitung bedürfen. Dies bedeutet konkret, dass die regionalen Arbeitsvermittlungszentren sich noch spezifischer um diese Menschen kümmern müssen.

Corona hat gezeigt, dass rasch vieles möglich ist, wenn die Politik dies will. Plötzlich kam Energie und Beharrlichkeit auf und ermöglichte die konstruktive Zusammenarbeit über einzelne Organisationen, Ämter oder Departemente hinweg. Insofern hat die Pandemie punkto Innovationen und Zusammenarbeit zu positiven Resultaten geführt. Ob Politik und Verwaltung auch über Corona hinaus den Willen finden, die Arbeitsmarktintegration rasch und gezielt weiterzuentwickeln und in gefährdete Personengruppen zu investieren, ist noch unklar. Ebensovwenig, ob das System der sozialen Sicherheit, welches heute doch grosse Menschengruppen ausschliesst, dahingehend reformiert werden kann, dass keine neue Armut entsteht.

Es ist zu hoffen, dass der Innovationsschub die Pandemie überdauert. Denn Studien im Auftrag des Bundesamts für Sozialversicherungen im Rahmen der Plattform Armut liefern Anzeichen, dass sich die Unterschiede zwischen sozioökonomischen Gruppen akzentuiert haben – nicht nur in Bezug auf Einkommen und Vermögen, sondern auch in anderen Bereichen. Studien zeigen, dass sich während Corona die Bildungsunterschiede vergrössert und die psychische Gesundheit bei vulnerablen Personen verschlechtert haben. Sollte sich dies bewahrheiten, so ruft die Situation förmlich nach sozialpolitischen Reformen.